



Herr Quasdorf ist nicht dafür, diesen Beschluss von der TO zu nehmen. Hier geht es um eine Dienstaufsichtsbeschwerde und nicht um eine Bürgeranhörung. Die Bürgerinitiative hat sich beschwert, dazu hat sich die Verwaltung positioniert und daher sollte der Beschluss auch heute abgehandelt werden.

Herr Krüger wäre auch dafür, den Beschluss heute zu behandeln, die Aushänge waren rechtzeitig veröffentlicht und es konnte sich jeder darauf einstellen.

Herr Irmer stellt sich die Frage, ob der Beitrag von Herrn Quasdorf überhaupt gilt, es hätte eigentlich Herr Schmidt antworten müssen, da er ja in diesem Verfahren betroffen ist. Weiterhin möchte Herr Irmer wissen, welche rechtlichen Gründe entgegenstehen, ob es Fristen gibt o.ä. und deshalb der Beschluss nicht in die nächste Sitzung verschoben werden kann. Wir haben hier nur eine einseitige Darstellung vorzuliegen, keine Darstellung der Bürgerinitiative. Das reicht Herrn Irmer nicht.

Herr Dr. Kuttner beantragt die Abstimmung zur Änderung der Tagesordnung.

**Abstimmung zum Antrag Fraktion Die Linke/SPD – Herr Irmer – den Beschluss 23/07/17 von der Tagesordnung zu nehmen und in die nächste Sitzung zu verschieben.**

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja-Stimmen  
11 Nein-Stimmen  
1 Stimmenthaltung

Damit bleibt der Beschluss 23/07/17 auf der Tagesordnung.

**1.3. zu der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung vom 23.05.2017**

Zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 23.05.2017 liegen keine schriftlichen Einwände vor und wird somit veröffentlicht.

**2. Informationen**

**2.1. des Bürgermeisters**

- zum Schreiben der Privatschule „Villa Elisabeth“ zwecks Übertragung Erbbau-pachtvertrag des Geländes „Neue Schule“ in Pätz  
In der vorigen Woche fand auf Anfrage der Familie von Platen ein Termin statt, bedingt durch die Schulgespräche, wo von Eltern der Vorschlag kam, sich um den o.g. Standort zu bemühen. Daher bat Fam. von Platen um einen Besichtigungstermin, in welchem wir uns gemeinsam mit dem Ortsbeirat, Frau Lehmann und Herrn Pöschk als Gast, das Objekt angesehen haben. Die Privatschule „Villa Elisabeth“ hat sich dort zu Plänen der Übernahme des Objektes geäußert. Herr Quasdorf als Bürgermeister hat sich dazu nicht geäußert, das liegt definitiv in den Händen der Gemeindevertretung. Hier sind einige Dinge zu tun, es geht nicht nur darum mit der „Villa Elisabeth“ einen Vertrag zu schließen, es müssen die Planungsgrundlagen geändert werden etc.
- zum Bauvorhaben Grundschule  
Der Plattenbauweise mit den anfallenden Mehrkosten wurde zugestimmt. Die Baumaßnahme beginnt mit den Sommerferien, so dass mit Schulbeginn die Außenarbeiten abgeschlossen sind. Die Innenarbeiten werden weitestgehend außerhalb des Schulbetriebes durchgeführt.
- zum Kitabau in Pätz  
zur Zeit gibt es Probleme mit dem vielen Regen, die Deckenversiegelung kann auf Grund der Feuchtigkeit nicht gemacht werden, die Firma wird versuchen, das Dach in dieser Woche zu verdichten.

- zur Parksituation Waldkita Pätz  
Am heutigen Tage fand eine Begehung in Pätz statt, um die dortige Parksituation zu lösen. Unsere Vorstellungen gehen dahin, die Parkflächen auf das Gelände der Kita zu verlegen, so dass die Eltern nicht mehr über die Straße müssen. In Abstimmung mit dem Bauamt kann die Maßnahme getätigt werden, seitens der Forst gab es ein positives Signal und Frau Hobus hat signalisiert, dass wir die Planung des hinteren Teils (verbleibende Restfläche von 2.500 m<sup>2</sup>) vollziehen können.
- zum Kreisverkehr B 179/B 246  
Hierzu gab es die Idee, im Kreisverkehr eine Lore aufzustellen. Vom Landesbetrieb Straßenwesen erhielten wir am heutigen Tage eine Ablehnung wegen der Unfallgefahr. Sie würden jedoch zustimmen, dass wir die Pflege übernehmen und den Kreisverkehr so gestalten, dass wir bei der Bepflanzung die Wappen einbringen können. Dafür erhalten wir eine Einmalentschädigung.
- Herr Quasdorf möchte sich recht herzlich bei den Kameraden der Feuerwehr für ihren Einsatz beim letzten Starkregen bedanken. Bei 30 Einsätzen innerhalb von 48 Stunden haben die Kameraden eine hervorragende Leistung vollbracht.
- zum Vertrag Netzhoppers  
In der letzten gemeinsamen Sitzung des FA und GSA wurde die Aussage getroffen, dass der vorliegende Vorschlag nach der Sommerpause in den Hauptausschuss und die Gemeindevertretung gegeben wird. Herr Quasdorf seine Aussage dazu war, die Dringlichkeit ist kein Problem, denn es gibt einen Vertrag, in dem nach einjähriger Laufzeit eine Kündigungsfrist von 3 Monaten besteht. Wir können zum Dezember kündigen und den neuen Vertrag in Kraft setzen. Deshalb wurde festgelegt, die Vorlage nach der Sommerpause zu beraten.

Herr Ostländer äußert, dass der Ortsbeirat bei der Besichtigung des Geländes „Neue Schule“ in Pätz zwar dabei war, wäre jedoch schön gewesen, wenn man allen Mitgliedern Bescheid gesagt hätte. Er hatte keine Information zu diesem Termin.

Herr Rubenbauer fragt, die Privatschule wollte doch in das Gebäude der Fischerei, was ist jetzt damit? Wieso wollen sie auf einmal in die „Neue Schule“ nach Pätz? Herr Quasdorf erklärt, wir erhielten die Information, dass der Vertrag mit der Iris Gerd GmbH nicht zum Tragen gekommen ist (worauf die Gemeinde keinen Einfluss hat) und sie sich daher an mehrere Personen gewandt hat, um diesen Ortstermin in Pätz zu vollziehen.

Herr Krüger fragt, ob die Schule noch bewohnt ist? Herr Quasdorf bejaht dies, deshalb könnte es schwierig werden, nach den Vorstellungen der Villa Elisabeth bis Januar alle rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und von der Verwaltung mit ruhigem Gewissen einen Vertrag vorlegt werden kann.

Herr Dr. Kuttner ist der Meinung, dass das Schreiben der Fam. v. Platen erstmal in den Ausschüssen diskutiert wird und dann abwägen, ob wir das wollen oder nicht. Zum Vertrag Netzhoppers äußert er, die nächste GV-Sitzung ist am 17.10.2017, da hätten wir keine 3 Monate mehr, um den Vertrag zu kündigen. Oder kann der Hauptausschuss dazu eine Festlegung treffen?

Herr Quasdorf erklärt, wir werden den Vertrag vorsorglich kündigen. Dann brauchen wir nur noch entscheiden, ob der alte Vertrag wieder in Kraft gesetzt oder ein neuer Vertrag geschlossen wird.

## **2.2. der Vorsitzenden der Gemeindevertretung**

keine

## **2.3. der Fraktionen**

keine

## **2.4. des Ortsbeirates**

Frau Lehmann berichtet, dass über die anstehenden Veranstaltungen / Feste gesprochen und das Friedhofskonzept vorgestellt wurde.

Zum Beschluss 21/07/17 erfolgte Zustimmung, beim Beschluss 22/07/17 wird abgewartet, wie die Entscheidung des Finanzausschusses ausfällt.

Weiterhin möchte sie nochmal darauf hinweisen, dass der Ortsbeirat bereits seit März 2017 auf eine Entscheidung der Gemeindevertreter wartet, was mit dem Schrobsdorffhaus passiert.

Frau Lehmann möchte in ihrer Funktion als Vorsitzende der Gemeindevertretung und als Vorsitzende des Ortsbeirates dringend darum bitten, dass sich die Ausschüsse in den Septembersitzungen mit den 4 Varianten beschäftigen und von den Ausschussvorsitzenden oder von allen Gemeindevertretern eine Zuarbeit mit ihrer Entscheidung zur Verfügung gestellt wird.

## **2.5. der Fachausschüsse**

Herr Ostländer informiert, dass sich der Finanzausschuss mit den Vereinen getroffen hat. Das Protokoll der Gespräche wurde allen Gemeindevertretern zugeschickt. Die Fachausschüsse sollten sich mit dem Protokoll beschäftigen und in den Ausschusssitzungen besprechen.

Herr Pöschk legt dar, dass sie sich in der gemeinsamen Sitzung des FA und GSA bezüglich Netzhoppers nicht eindeutig auf ein Ergebnis einigen konnten. Das Problem liegt darin, dass an der Nutzungsordnung der Arena seit 10 Jahren nichts verändert wurde. Vielleicht sollten wir Herrn Ludwig um Unterstützung bitten und gemeinsam eine Nutzungsordnung für die Arena erarbeiten.

Herr Ostländer ist der Meinung, die Nutzungsordnung muss nicht verändert werden, weil sie für die ortsansässigen Vereine dargestellt ist. Er ist davon ausgegangen, dass die Netzhoppers eine besondere Situation einnehmen und es sich hier nicht um einen Verein aus Bestensee handelt. Wir wollten uns darüber einigen, welchen Sonderstatus wir mit den Netzhoppers erarbeiten. Das die Nutzungsordnung für die Vereine angeglichen werden muss ist das Eine, die Bearbeitung der Netzhoppers das Andere.

Herr Quasdorf weist darauf hin, dass die Anpassung der Benutzungsgebührenordnung zwingenderweise eine Erhöhung der Gebühren für die Vereine zur Folge haben wird. Sein Vorschlag war deshalb, die Netzhoppers aus der Benutzungsgebührenordnung herauszunehmen und einen separaten Vertrag zu schließen.

Herr Pöschk sieht eine Erhöhung nicht zwingend erforderlich, denn es besteht die Möglichkeit, unsere Vereine zu unterstützen. Herrn Ostländer seine Aussage ist nicht richtig, wir haben uns nicht eindeutig dazu geeinigt, ob die Netzhoppers ein ortsansässiger Verein sind oder nicht.

Herr Quasdorf bemerkt dazu, wir haben uns eindeutig dazu verständigt, dass die Netzhoppers kein Verein sind, sondern eine GmbH. Wir haben auf Vorschlag von Herrn Pöschk eine Verfahrensweise mehrheitlich angenommen und danach soll verfahren werden. Deswegen wird die Verwaltung die neuen Verträge vorbereiten, der Gemeindevertretung zur Entscheidung vorlegen und vorsorglich die bestehenden Verträge kündigen. Verständigt haben wir uns auch über eine Summe, die in den Vertrag kommt (außerhalb der Nutzungsgebührenordnung) und es kam der Vorschlag noch dazu, dass pro Karte 1,00 € abgeführt werden soll. Herr Dr. Kuttner ist auch der Meinung, dass die Anpassung der Gebührenordnung nicht heißt, die Preise zu erhöhen. Essengeld für die Kinder stützen wir auch, genau so ist das hier bei den Vereinen. Er ist sehr wohl dafür, dass wir unsere Vereine eben mehr sponsern, so dass sie nicht mehr zahlen müssen. Herr Irmer beantragt, mit der Tagesordnung fortzufahren. Dem wird zugestimmt.

### **3. Einwohnerfragestunde**

Frau Treichel

Die Gemeindevertreter werden gebeten, doch bitte direkt in die Mikrofone zu sprechen. Im Besucherraum versteht man kaum die Redebeiträge.

Herr Marquardt

Frage zu der Verbindung zwischen Heideweg und Waldweg, es gab 2 Durchgänge. Hierbei handelt es sich um Wacholderweg/Mittelweg, warum wurde dort im Zuge des Straßenausbaus nicht gleich mitgepflastert? Ihm wurde gesagt, das wird später gemacht. Inzwischen ist dieser Weg gesperrt. Der 2. Durchgang zum See ist jetzt auch verschlossen. Wann werden diese 2 Wege wieder geöffnet?

Weiterhin möchte er wissen, wann die Baustelle Thälmannstr./Brückenweg beseitigt wird. Seit Monaten wird dieser Platz für den Straßenbau genutzt.

Herr Quasdorf berichtet, nach seinem letzten Erkenntnisstand sollte die Fläche schon geräumt sein, wie jetzt der Stand ist, kann er nicht sagen. Zu den genannten Sperrungen der beiden Wege möchte er klarstellen, dass ihm die Aussage nicht bekannt ist, die Pflasterung später zu machen. Wir waren zu diesem Zeitpunkt in Verhandlung mit dem Eigentümer, diese sind vom Eigentümer abgebrochen worden, da wir uns mit dem Erwerbspreis nicht einig geworden sind. Diese Wegeflächen sind keine öffentlichen Wegeflächen, sie sind Privatflächen und daher haben wir keinen Einfluss auf die Schließung der Durchgänge.

### **4. Beschlussvorlagen**

Zum Beschluss 21/07/17 gab es keine Anfragen!

## **BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG**

- öffentlich -

Einreicher	:	Bauamt
Beraten im	:	BA am 29.05.17, HA am 27.06.17, OB am 29.06.17
Beschluss-Tag	:	11.07.2017
Beschluss-Nr.	:	<b>21/07/17</b>

Betreff : **1. Ergänzungssatzung zur Abgrenzungs- und Ergänzungssatzung „Pätz – An der B 179“ gemäß § 34 (4) Satz 1 Nr. 3 BauGB, Gemeinde Bestensee, Gemarkung Pätz**

- Billigung sowie
- Offenlage des Entwurfs

Beschluss :

Die Gemeindevertretung billigt den Entwurf der 1. Ergänzungssatzung zur Abgrenzungs- und Ergänzungssatzung „Pätz – An der B179“ gem. §34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB, mit Stand vom April 2017, bestehend aus

- dem Satzungstext,
- der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen sowie
- der Begründung

und beschließt, den Entwurf gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen. Die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 (2) BauGB zu beteiligen.

Der räumliche Geltungsbereich der Ergänzungssatzung umfasst das Flurstück 16/1 (vollständig) sowie die Flurstücke 17 und 18 (teilweise) der Gemarkung Pätz, Flur 2.

Begründung :

Innerhalb des Satzungsgebietes befindet sich seit Jahren der Waldkindergarten Pätz, der in Größe und Ausstattung nicht mehr den gestiegenen Anforderungen, insbesondere dem in Bestensee stetig steigenden Bedarf an Kindertagesstättenplätzen, gerecht werden kann. In den der B179 nahe gelegenen Grundstücksteilen erfolgt deshalb ein kompletter Neubau einer modernen KITA (Baugenehmigung Nr. 04177-16 vom 06.04.2017). Die hierfür erforderliche Fläche befindet sich nach der Abgrenzungs- und Ergänzungssatzung Pätz jedoch außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils und demnach bauplanungsrechtlich im Außenbereich. Es ist erforderlich, diese Fläche in den Innenbereich einzubeziehen, um das Bauvorhaben umsetzen zu können.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gefasst, die Beteiligung gem. §§3, 4 BauGB kann nun erfolgen.

Abstimmungsergebnis :

Anz. d. stimmberech. Mitglieder d. GV :	19
Anwesend :	16
Ja-Stimmen :	16
Nein-Stimmen :	/
Stimmenthaltungen :	/
von der Abst. u. Berat. gem. § 22 BbgKVerf. ausgeschlossen :	/

## **B 22/07/17 - Haushaltssatzung der Gemeinde Bestensee für das Haushaltsjahr 2017**

Herr Ostländer berichtet, die Satzung wurde am 06.07.2017 in der außerplanmäßigen Finanzausschusssitzung besprochen. Die Änderungen wurden im Haushalt gekennzeichnet und sind nachvollziehbar.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmten einheitlich der Weitergabe in die Gemeindevertretung zu.

Frau Lehmann fragt, ob es weitere Anfragen gibt. Da dies nicht der Fall ist, bittet sie um Abstimmung zum o.g. Beschluss:

### **BESCHLUSS DER GEMEINDEVERTRETUNG**

**- öffentlich-**

Einreicher: Kämmerei

Beraten im: Hauptausschuss am 27.06.2017  
Finanzausschuss am 06.07.2017  
Ortsbeirat am 29.06.2017

Beschlusstag: 11.07.2017

Beschluss - Nr.: **22/0717**

Betreff: Haushaltssatzung der Gemeinde Bestensee für das Haushaltsjahr 2017

Beschluss: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bestensee beschließt die Haushaltssatzung der Gemeinde Bestensee für das Haushaltsjahr 2017

Begründung: Da sich die Investitionskosten für den Neubau der Kindertagesstätte wesentlich erhöht haben und die am 14. März 2017 beschlossene Haushaltssatzung noch nicht durch die Kommunalaufsicht des Landkreises genehmigt wurde, war eine Anpassung der Haushaltsposition vorzunehmen. Dadurch veränderte sich auch die Höhe der geplanten Kreditaufnahme, sowie die Folgekosten dieser Planveränderung. Aus diesem Grunde ist ein neuer Beschluss zur Haushaltssatzung erforderlich.

Gemäß § 65 Abs.1 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Die Haushaltssatzung der Gemeinde Bestensee für das Haushaltsjahr 2017 mit ihren Anlagen wurde gemäß § 67 Abs.1 und 2 BbgKVerf aufgestellt und festgestellt und wird der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis :

Anzahl d.stimmberecht.Mitgl.d.GV:	19
Anwesend:	16
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	/
Stimmenthaltungen:	3
von der Abst.u.Berat.gem.§22 BbgKVerf. des Landes Brandenburg ausgeschlossen:	/

## **B 23/07/17 - Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister**

Die Abstimmung erfolgt mit 15 von 19 Gemeindevertretern. Herr Quasdorf verlässt um 19.40 Uhr die Sitzung und setzt sich in den Zuschauerraum.

Herr Krüger hätte sich gewünscht, dass im Hauptausschuss zu diesem Thema informiert worden wäre.

Herr Irmer informiert, dass die Vertreter der Bürgerinitiative gern an der Sitzung teilgenommen hätten, sind jedoch auf Grund von Urlaub verhindert. Die Bürgerinitiative kann nicht nachvollziehen, dass das Schreiben nicht angekommen ist. Die Verwaltung hätte das Schreiben auch durchaus an die Postadresse in Bestensee schicken können und nicht an die Postfachadresse. Vorherige Schreiben wurden auch an die Postadresse in Bestensee geschickt. Die Vertreter der BI sind der Meinung, dass sie nichts bekommen haben und nichts von der Verwaltung abgeschickt wurde. Herr Irmer erklärt jedoch, dass den Gemeindevertretern der Nachweis des Absendens vorliegt. Die Vertreter der BI werden noch mal bei der Verwaltung um einen Termin zur Akteneinsicht bitten.

Herr Dr. Weißlau ist der Meinung, wenn ihr Anliegen so dringend ist und sie nach 14 Tagen noch keine Antwort von der Gemeinde haben, dann erwartet er, dass die Vertreter auch ins Amt kommen bzw. anrufen und nachfragen, woran es liegt. Herr Dr. Weißlau kann das Ganze nicht verstehen.

### **B E S C H L U S S**

öffentlich

der Gemeindevertretung

- Einreicher: Stellvertretender Bürgermeister  
Vorsitzende der Gemeindevertretung
- Beraten im:
- Beschluss-Tag: 11.07.2017
- Beschluss-Nr.: **23/07/17**
- Betreff: Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister
- Beschluss: Die Gemeindevertretung stellt fest, dass kein persönliches Fehlverhalten seitens des Bürgermeisters vorliegt.
- Begründung: Die Vorsitzende der Gemeindevertretung erhielt am 23.05.2017, Eingang 31.05.2017, ein Schreiben von der Kommunalaufsicht, eine Dienstaufsichtsbeschwerde der Bürgerinitiative Hintersiedlung Bestensee gegen den Bürgermeister zu prüfen. Die Prüfung ergab, dass kein persönliches Fehlverhalten des Bürgermeisters vorliegt.
- Abstimmungsergebnis:
- |   |    |
|---|----|
| Anzahl der stimmberech. Mitgl. d. GV:                           | 19 |
| Anwesend:   | 16 |
| Ja-Stimmen:   | 11 |
| Nein-Stimmen:   | /  |
| Stimmenthaltungen:  | 4  |
| von der Berat. u. Abst. gemäß § 22<br>BbgKVerf. ausgeschlossen: | 1  |

Herr Quasdorf nimmt ab 19.45 Uhr wieder an der Sitzung teil.



## 5. Anträge/Informationen der Fraktionen

Herr Rubenbauer berichtet, es wurde die Aussage getroffen, dass dem Fußballverein seit 2011 eine Summe von ca. 10 T€ zur Unterstützung gezahlt werden sollte bzw. gezahlt worden ist. Die Zahlungen sollen für die Rasenmähd erfolgt sein, der Rasen wurde aber vom Verein selbst gemäht. Er fragt nun, ob seit 2011 diese Mittel geflossen sind, für welche Leistungen und an wem wurde gezahlt?

Herr Quasdorf legt dar, ab 2011 sind 8 T€ für den Verein gezahlt worden und sind auf Grund von Kostensteigerungen auf 10 T€ (seit den letzten 3 Jahren) gestiegen. Hinzu kommen ca. 2 T€ für die Heizungsanlage. Speziell ging es darum, dass der Verein mit seiner Maschine nicht in der Lage ist zu Mulchen, dies wurde von der Firma EFF-Bau übernommen und dementsprechend bezahlt. In diesem Jahr haben wir das Mulchen nicht mehr veranlasst, weil die Leistung vom Sportverein für ihren Rasenplatz nicht angenommen wird und wir sie deshalb auch nicht erbringen müssen. Daraus ergibt sich jedoch nicht die Möglichkeit, die Mittel an die Vereine zu verteilen, da es eine Sachleistung und keine Geldleistung ist. Sie können somit nicht umverteilt werden.

Herr Ostländer kann sich nicht erinnern, in seinem Protokoll etwas von Bargeld geschrieben zu haben und wird das prüfen. Er hatte vorgeschlagen 6.500 € für den Fußballverein und 3.500 € für die VSG Sparte Tischtennis zur Verfügung zu stellen. Herr Dr. Weißlau möchte sich zu einem Problem mit dem Mehrgenerationenhaus und Seniorenbeirat äußern. Das Haus wird von der Gemeinde mit Grund und Boden unterstützt. Das Mehrgenerationenhaus verlangt vom Seniorenbeirat für Veranstaltungen 1,00 € pro Person. Wenn die Gemeinde dem Mehrgenerationenhaus entgegenkommt, dann erwartet er auch, dass man auch dem Seniorenbeirat entgegenkommt und einen Kompromiss findet. Herr Pöschk ergänzt, es ist nicht ganz so, dass Geld gefordert wurde. Herr Schulz, Vorsitzender Seniorenbeirat, teilte ihm mit, dass man die Küche nicht benutzen darf, wegen den Vorschriften, Hygiene etc. Deshalb werden die Senioren künftig ihre Veranstaltungen woanders durchführen. Herr Ostländer sagt, Fakt ist, dass von Geld gesprochen wurde und wird sich mit Herrn Schulz diesbezüglich nochmal auseinandersetzen. Frau Wünsche äußert dazu, dass auch die Volkssolidarität öfter Probleme mit dem Mehrgenerationenhaus hat und man sehr unfreundlich reagierte, weil mehr Personen zu Veranstaltungen kamen als gedacht und sie finden es auch nicht gut, dass sie das Geschirr hin und her schleppen müssen, weil die Küche nicht genutzt werden darf.

## 6. Sonstiges

Herr Dr Kuttner möchte auf die Frage, wo Vereine Fördermittel beantragen können, folgende Hinweise geben. Fördermittel können bei der Sparkasse, Stiftung LDS und Sportstiftung und auch beim Landkreis Dahme-Spreewald beantragt werden. Diese Anträge können nur von den Vereinen, nicht von der Gemeinde gestellt werden.

Herr Ostländer möchte klarstellen, dass es nicht darum ging, dass die Gemeinde Fördermittel beantragen soll, sondern ob man Informationen für die Vereine bereitstellen kann, wie sie an solche Mittel kommen. Vielleicht wäre da mal eine zentrale Veranstaltung möglich, um diese Problematik zu lösen.

Herr Quasdorf bietet an, eine Informationsveranstaltung für die Vereine in der LK-Arena zu organisieren, so dass die Vereinsvorsitzenden an dieser Schulung teilnehmen können.

Der öffentliche Sitzungsteil wird um 20.04 Uhr beendet.

Lehmann  
Vorsitzende der Gemeindevertretung

